

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Gemeinde Seeheim-Jugenheim

Lieferleistungen

Umbau und Sanierung des Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr

Vergabe: Medientechnik

Öffentliche Ausschreibung

1. Auftraggeber

Gemeinde Seeheim-Jugenheim
Schulstraße 12
64342 Seeheim-Jugenheim

2. Allgemeines

Wir freuen uns, dass Sie an vorliegendem Vergabeverfahren teilnehmen möchten und bitten Sie, für die ausgeschriebenen Leistungen ein Angebot zu fertigen und dieses innerhalb der Angebotsfrist über die Vergabepattform gem. Ziffer 6 dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe einzureichen.

Die in diesen Ausschreibungsunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen verstehen sich für beide Geschlechter.

Mit „Bieter“ sind sowohl einzelne Unternehmer als auch Bietergemeinschaften gemeint, mit „Auftragnehmer“ sind Bieter oder Bietergemeinschaften bezeichnet, die den Zuschlag erhalten haben. Dies gilt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Die Ausschreibungsunterlagen für dieses Verfahren bestehen neben dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe aus den folgenden Dokumenten:

1. Angebotsblatt
2. Leistungsverzeichnis (nebst GEAB-Datei)
3. Vertragsbedingungen (Liefervertrag inkl. Anlagen)
4. BVB Tariftreue und Mindestentgelt (HVTG)
5. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt (HVTG)
6. Bietergemeinschaftserklärung
7. Erklärung zum Nachunternehmereinsatz und Nachunternehmerverpflichtungserklärung
8. Referenzbogen
9. Liste der geforderten Nachweise

Auftragsgegenstand:

In der Philipp-März-Straße 30, 64342 Seeheim-Jugenheim befindet sich die Freiwillige Feuerwehr Seeheim. Der AG beabsichtigt den Umbau und die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr mitsamt Neuerrichtung einer Lüftungsanlage und Umnutzung einer Lagerhalle in eine Garage.

3. Allgemeine Pflichten der Bieter

Die Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Ausschreibungsunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Der Bieter ist verpflichtet, die Vollständigkeit und Lesbarkeit aller Unterlagen sofort zu überprüfen.

Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Ausschreibungsunterlagen enthalten vertrauliche Informationen. Die Bieter haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen durch den Bieter nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber. Dies betrifft nicht die Weitergabe an Unternehmen, die als Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, soweit diese die Unterlagen für die Angebotserstellung benötigen. Soweit der Bieter die Unterlagen an Nachunternehmer zur Angebotserstellung weitergibt, verpflichtet er sich, diesen in gleichem Maße zur Vertraulichkeit zu verpflichten, in welchem er gegenüber dem AG verpflichtet ist.

Die Bieter beteiligen sich an keinen unzulässigen oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichteten Wettbewerbsabsprachen. Sie haften dem Auftraggeber für sämtliche durch unzulässige oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichtete Wettbewerbsabsprachen, an denen sie beteiligt waren, verursachten Schäden.

4. Übermittlung und Auskünfte

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, bis spätestens 30.06.2026, 12:00 Uhr darauf hinzuweisen.

Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis spätestens 30.06.2026, 12:00 Uhr beim Auftraggeber eingegangen sind. Später eingehende Auskunftersuchen werden nicht mehr bearbeitet. Mündliche/telefonische Anfragen werden nicht beantwortet. Auskunftersuchen sind ausschließlich über die Vergabepattform <https://dtvp.de/> zu stellen und werden nur über die Vergabepattform beantwortet. Um eine Bieterfrage zu stellen ist es notwendig, dass sich die Bieter auf der Vergabepattform <https://dtvp.de/> registrieren. Die Bieterantworten sind über die Vergabepattform abrufbar. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt der anfragende Bieter.

Nur durch diese Verfahrensbedingungen verbleibt dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit, angemessen auf Anzeigen zu reagieren, dies allen Bietern mitzuteilen und die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Bearbeitung der Angebote rechtzeitig zu berücksichtigen.

5. Anforderung an das Angebot

Das Angebot ist ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform verschlüsselt bis zum unter Ziffer 6 genannten Einreichungstermin einzureichen.

Vom Bieter sind dem Angebot sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen. Mündliche Ergänzungen werden nicht berücksichtigt. Ein auf dem Postweg oder nicht verschlüsseltes, insbesondere als Telefax, per E-Mail oder im Wege anderer elektronischer Medien eingebrachtes Angebot kann nicht berücksichtigt werden.

Im Angebot ist einmal an der dafür vorgesehenen Stelle (Angebotsblatt) der Name des Erklärenden anzugeben. Sofern im Angebot der Name des Erklärenden nicht angegeben ist, gilt es als nicht abgegeben!

Das Angebot ist nach dem folgenden Schema zusammengestellt abzugeben:

- Kapitel 1: Ausgefülltes Angebotsblatt mit Datum und Name des Erklärenden
- Kapitel 2: vollständig bepreistes Leistungsverzeichnis
- Kapitel 3: Referenzen
- Kapitel 4: Eignungsnachweise
- Kapitel 5: Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt (HVTG)
- Kapitel 6: Ggf. Erklärung zum Nachunternehmereinsatz und Nachunternehmerverpflichtungserklärung
- Kapitel 7: Ggf. Bietergemeinschaftserklärung

Das Angebot muss vollumfänglich den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen. Bedingungen, Einschränkungen, Änderungen etc. führen zum Ausschluss des Angebotes.

HINWEISE:

Der Auftraggeber wird von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vor Zuschlagserteilung unter Fristsetzung von sämtlichen Nachunternehmern darüber hinaus die folgenden Erklärungen anfordern:

1. Erklärungen des Nachunternehmers, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen;
2. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt (HVTG).

Werden diese Unterlagen nicht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

6. Angebotsfrist

Die Frist für den Eingang der Angebote endet am

10.07.2026, 12.00 Uhr.

Die Angebote sind formgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform

<https://dtvp.de/>

einzureichen.

Ein verspätetes Angebot wird für das Vergabeverfahren nicht berücksichtigt. Das Risiko der Rechtzeitigkeit des Eingangs trägt der Bieter.

7. Verfahrensablauf

Folgender Verfahrensablauf ist vorgesehen:

Nach der Öffnung der rechtzeitig eingegangenen Angebote werden diese einer formalen Prüfung durch den Auftraggeber unterzogen.

Im Anschluss hieran werden die wertungsfähigen Angebote anhand der unter Ziff. 8 genannten Zuschlagskriterien bewertet. Der danach beste Bieter erhält den Zuschlag.

8. Zuschlagskriterien

Alleiniges Zuschlagskriterium ist der günstigste Angebotspreis.

9. Zuschlag

Die Zuschlags- und Bindefrist läuft am 31.08.2026 ab. Der Auftraggeber strebt dennoch an, den Zuschlag zu einem früheren Zeitpunkt zu erteilen. Ein Anspruch auf eine vorzeitige Zuschlagserteilung besteht nicht.

10. Umgang mit Daten des Bieters

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen

Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Information gem. § 46 UVgO erfolgt.

11. Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Teilnahme am Verfahren, insbesondere die Ausarbeitung der Angebote, erfolgt keine Vergütung, Kostenerstattung oder Entschädigung.